Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 21

Artikel: Was heisst 'Zivilgesellschaft'?
Autor: Kleger, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652151

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heinz Kleger

Was heisst 'Zivilgesellschaft'?

> Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.
>
> T.W. Adorno

Die Zivilität ist heute entscheidend von der Selbstkonfrontation der modernen Zivilisationsdynamik herausgefordert. Neue Anläufe der Zivilisierung unserer insgesamt äusserst fragilen Zivilisation haben nach dem Zusammenbruch des alles überdeterminierenden Systemgegensatzes und dem Ende des 'Ost-West'-Weltbürgerkrieges endlich Chancen, diese Probleme so anzugehen, wie sie nur angegangen werden können: nämlich global und interregional, was für Europäer zunächst einmal heisst: nicht eurozentrisch, aber europäisch. Der verheerende Golfkrieg hat indessen einmal mehr drastisch vor Augen geführt, dass wir – wenn es um eine internationale Zivilgesellschaft geht – mit europäischer Selbstkritik beginnen müssen.

Internationale Zivilgesellschaft

Zum Glück befähigt der europäische Universalismus auch zur eigenen Selbstrelativierung, was schon schwieriger wird, wenn man *Gott* – wie der islamische Fundamentalismus oder Varianten amerikanischer Zivilreligion – oder *die* Geschichte als irdische Religion auf seiner Seite weiss. 'Internationale Zivilgesellschaft' heisst die normative Bezugsgrösse für die praktische Einlösung keineswegs grenzenlos grenzenloser Solidarität(1). Freiheits- und Menschenrechte sind prinzipiell für alle Menschen gültig, wenngleich die Werte, auf die sie sich beziehen, in dieser Form erstmals im westlichen Europa formuliert worden sind. Der Mindestkatalog unverzichtbarer Rechte (wie z.B. die Prinzipien des Habeas Corpus), verallgemeinert nicht einfach eurozentrisch westliche Werte im Sinne eines bestimmten vorherrschenden 'Zivilisationsmodells', dessen praktische (und nicht 'fundamentalistische' oder 'integristische') Kritik ziviles Handeln erarbeitet. Der Respekt vor traditionellen kulturellen Unterschieden relativiert in keiner Weise die universellen Rechte, auf die Menschen verschiedener Ethnien jenseits dieser Unterschiede Anspruch erheben können: "Die Forderung nach Demokratisierung wird gegenwärtig in der "Dritten Welt" in einem Ausmass und in einer Breite erhoben, die alle diejenigen Lügen straft, die noch vor kurzem behaupteten, solche politischen Strukturen seien erst als Ergebnis nachholender Entwicklung zu erwarten"(2). Vielmehr ist die Einheit von demokratischer Bewegung mit der Kontrolle über Ressourcen und grosse Investitionsentscheidungen ins Bewusstsein zu heben(3). Wirtschaftsliberale Interventionen, die

sich um solche minimalen zivilgesellschaftlichen Kriterien und Fortschritte nicht scheren, sind indessen Legion. Dies ist das eine.

Das andere ist, dass die "Ideologiekritik der Rhetorik von Freiheit und Liberalismus" gleichzeitig "eine Verdrängung der Problematik der Menschen- und Freiheitsrechte seitens der auf unterschiedliche Länder bezogenen Solidaritätsbewegung begünstigt" hat(4). Doch ist es äusserst schwierig, die Perspektive einer internationalen Zivilgesellschaft einzunehmen, die staatlichen Machtansprüchen von Staaten gegensteuert, die weit entfernt sind von selbstreflexiven Staaten, wie wir sie bei uns fordern, denn die Weltgesellschaft ist *hierarchisch* verfasst. Die 'Völkergemeinschaft' hat sich als ein System von Nationalstaaten herausgebildet, was zum einen die Privilegierung der 'Staatsvölker' bedingt und zum andern die zwischengesellschaftlichen Interventionsmöglichkeiten beschränkt(5). Das Völkerrecht ist 200 Jahre vor den Menschenrechten konzipiert worden. Seine Leitbegriffe heissen unter anderem: Souveränität, Staatsräson, Machtpolitik und seit der Mitte des 19. Jahrhunderts *Realpolitik*. Die Konsequenzen der staatlichen Verfasstheit einer hierarchischen Weltgesellschaft manifestierten sich in der Golfkrise deutlich als Handlungsgrenzen vermeintlich unbegrenzter Solidarität. Die Eingriffe politischer Philosophie, ihr Ja und Nein, werden entsprechend differenzierter, etwa so: "gegen die Verletzung staatlicher Souveränitätsrechte und gegen Interventionsstrategien des Nordens; für die nationalen Rechte, die Freiheits- und Menschenrechte der Palästinenser, auch wenn eine Solidarisierung mit ihren repräsentativen Organisationen in der gegenwärtigen Konstellation uns Schwierigkeit bereitet und zugleich der gerade vor unserem eigenen nationalen Hintergrund gebotene sensible Umgang mit der Staatlichkeit Israels. Diese Problemstellung erscheint aporetisch, und doch ist eine friedliche Lösung des Regionalkonflikts eben nicht vorstellbar, ohne dass genau diese konfligierenden Interessen und Ziele miteinander vermittelt werden"(6).

Die Zuspitzung des Nord-Süd-Konflikts demonstriert auf beschämende Weise, wie wenig die reale Dynamik der Weltgesellschaft 'zivilgesellschaftlich' eingebunden ist. Im industrialisierten Norden verdrängten und verdrängen Probleme, die aus dem Zusammenhang des Ost-West-Gegensatzes entstanden sind, sowie gegenwärtig Umweltprobleme und die Systemkrisen der osteuropäischen Länder die Entwicklungskatastrophen des Südens. Dies kann nicht so bleiben, wenn man bedenkt, dass sich vier Fünftel der Menschheit nicht aus der Weltgeschichte ausschliessen lassen, zumal wenn sich bei ihnen 90% des Bevölkerungswachstums zusammenballen werden. Die nächsten Jahre werden wieder Jahre des Südens werden. Die Asyldebatte ist dafür nur ein Vorbote(7).

Interne Gesellschaftskritik

Nach innen, auf unsere Gesellschaften angewandt, folgt aus dem bisher Gesagten eine vielfältige interne Kritik. Diese eröffnet heute eine thematisch radikalere und reichere Perspektive als sie selbst Marx im 19. Jahrhundert

sehen konnte, was mit zwei Umständen zusammenhängt, welche die praktische Umsetzung dieses Kritikpotentials zugleich schwieriger gestalten. Zum einen findet sich die moderne Gesellschaft mit den Folgen ihres Strukturwandels erst heute *voll* konfrontiert. Dies gilt insbesondere für die ökologische Problematik. Zum anderen bietet ebendiese gesellschaftliche Situation bessere Möglichkeiten der Selbstbeschreibung unserer verwickelten Komplizenschaft mit ihr.

Was aber ist die angemessene Beschreibung, und welche praktische Philosophie im Wandlungssinne folgt daraus? In bezug auf beides gibt es einen Orientierungsstreit, und beides ist natürlich ineinander verzahnt: wir sind Zuschauer, Handelnde und Handelnde, die systemreferentiell funktionieren – Distanzierte, Engagierte und Funktionäre in einem. Die Schwierigkeit besteht darin, intelligente Beobachtungen, wozu Distanz und Wissensintegration gehören, in intelligentes Handeln, das Lücken findet, umsetzen zu können. Intellektuell leben wir in keiner Zeit der Parolen oder grossen Worte; Aufklärung hat sich mühsam, sokratisch, gemeinsam und bescheiden neu zu formulieren: als 'gelernte Geschichte', 'Enzyklopädie', 'Eklektik', kurz: als Produktion eines komplexen eingreifenden Denkens; Aufklärung als *Prozess* beginnt neu und bemüht sich wie je um Handlungskorrespondenzen. Im Unterschied zur *historischen* Aufklärung leben diese Prozesse nicht mehr von geschichtsphilosophischen Überbietungs- oder zivilisationskritischen Verelendungsthesen, die gegenüber der *Gegenwart* blind machen. Not-Wendiges Aufklärungsdenken heute ist – zugespitzt gesagt – nicht neu, sondern komplexer und dia-logischer. Auf diesem Hintergrund ist auch der Begriff der Radikalität wieder zu bestimmen, da es nicht um eine Überbietungs-Radikalität geht. Die Überbietungs- und Verelendungsdiskurse sind längst durchgespielt – und vor allem: ohne Stich. Vorrangig und zugleich schwieriger sind Fragen der Handlungsorientierung, weil wir aufgrund

- des Zeit-, Real- und Empörungsdrucks der Weltprobleme,
- dem zerschlagenen Haushalt gesellschaftsweiter Alternativen zu den sich durchsetzenden kapitalistischen Strategien,
- der Depotenzierung traditioneller Politik-, Planungs- und Entwicklungsmodelle,
- der Tendenz zur realpolitischen Professionalisierung und Aufsplitterung des Engagements

in einer gefährlichen Handlungs- und Praxiskrise stecken: "Alles könnte anders sein, aber fast nichts kann man ändern", oder: Da man ohnehin nichts tun kann, kann man treiben, was man will oder nicht will.

Die Aufklärung, die es so im Singular gar nicht gibt und nie gegeben hat, ist nicht am Ende, wohl aber ist sie in einer auch theoretisch schwierigen Praxiskrise, denn Aufklärungsprozesse müssen an *Realität* wie an *Aktualität* anknüpfen können. Dafür benötigen sie einen 'weichen' menschlichen Handlungsbegriff, der sich mit Realität konfrontiert und gleichzeitig hindurchfindet, und nicht einfach Aktion, Geste oder Attitüde ist, das heisst eine Praxisform, die genuine menschenbürgerliche Praxis unterläuft und entweder dem Krieg – der Revolutionär als Partisan in seiner Gesellschaft – oder der Kunst

als antibürgerlichem Leben (natürlich in der bürgerlichen Gesellschaft) angenähert ist. Diese Künstlichkeit des Handelns wird in der praktischen Philosophie der Zivilität zugunsten eines common sense-nahen, dialogisch common sense-kritischen Handelns aufgelöst oder zumindest relativiert.

Auch diese nicht-verkünstelte, am Handeln und Ver-Handeln orientierte Praxis kennt freilich Konfrontationsstrategien, bezeichnenderweise tragen sie aber in rechtsstaatlichen Demokratien den Namen des *zivilen Ungehorsams*. Das heisst: ziviler Ungehorsam *gehört* als gut begründete Ausnahme zu den Möglichkeiten zivilen Handelns, er verkörpert es aber nicht, sowenig wie eine 'Ethik des Ungehorsams' eine 'konstitutionelle Demokratie' ersetzen kann. Praktische Philosophie der Zivilität ist eine handlungsorientierte Aufklärung über wirkliche Möglichkeiten und mögliche Wirklichkeiten, die von der soziologischen Nachaufklärungs-Aufklärung der Gegenwart, die uns fruchtbar bis zur Kenntlichkeit verfremdet, zu lernen versucht.

Civil society, bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft

Die klassische civil society verteidigt ihre Autonomie auch gegenüber der Staatsgesellschaft, der zivile Fortschritt erfolgt *in* der Gesellschaft und ist primär die Freiheit *der* Gesellschaft. Ferguson zum Beispiel kommentiert 1767 den Siegeszug der commercial society(8), doch fasst die Marktgesellschaft für seinen Bürger nicht die Gesamtheit sozialen Handelns. Sie bildet nur eine – und nicht die prioritäre Teilrealität: Gesellschaft geht vor Ökonomie, die sich historisch – von James Steuart und Adam Smith erstmals theoretisch emanzipiert(9) – zur 'Herrin über die Gesellschaft' aufschwingen will. Historisch und moralisch-praktisch gründet Fergusons civil society im 'civic humanism' einer wesenhaften, aber differentiellen Vertrauensgemeinschaft – die Gesellschaft des englischen Gentleman, der von der Grundbesitz-Rente lebt und auf dieser Basis einen spezifisch weltbürgerlichen common sense festigt. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Fundierung einer Zivilgesellschaft heute in Abgrenzung zur commercial society nicht einfach substantiell nachgeahmt werden kann, da andere gesellschaftliche Voraussetzungen herrschen.

Die klassische civil society behauptete eine gewisse gleichgültige Interdependenz sowohl gegenüber der Wirtschaftsgesellschaft (im Sinne von market society) als auch gegenüber Staatsgesellschaft (in dem Sinne, dass das Zivilpolitische auf den Staat und im Staat machtförmig konzentriert war). Aus ihr wurde begriffsgeschichtlich die sogenannte 'bürgerliche Gesellschaft', die – historisch und national differenziert – die soziale Real-Verfassung (Entwicklung und Ordnung) auf unterschiedliche Weise modifizierte. Dabei hat sich die kategoriale Ambivalenz gewohnheitsmässig ergeben, wonach 'bürgerliche Gesellschaft' – wie immer modifiziert – einerseits als *eigentliche* Gesellschaft der *'politischen* Gesellschaft', dem *Staat*, gegenübergestellt wurde. Andererseits aber fasste die 'bürgerliche Gesellschaft' Gesellschaft und Staat doch zusammen, sofern die klassisch-bürgerlichen Assoziations-Freiheiten des Marktes und der Meinung zivil-rechtlich durchgesetzt waren.

In dieser letzteren Hinsicht wurde sie zur Block-Synthese, die in den 'freiheitlichen' Pars-pro-toto- Momenten – Kapitalismus oder 'freie Marktwirtschaft', Demokratie, Rechtsstaat – artikuliert waren. Die Akzentuierung meines Begriffs von Zivilgesellschaft geht sowohl über die neuzeitlich-moderne bürgerliche Gesellschaft hinaus als auch über Muster einer civil society, die Liberalen verschiedener Schattierungen immer selbstverständlich geblieben sind und sich als Welthandel und/oder als Öffentlichkeit in den geschichtlich-kulturellen Fortschrittsstatus eingeschrieben haben. Diese Momente sind natürlich nach wie vor im Spiel, und je nach historisch-nationalem Umfeld gewinnen sie überragende Bedeutung. Auf dem Hintergrund von Reichtums-Gesellschaften indessen, *die es mit sich selber aufnehmen müssen*, wird es zwingend, die voluntaristisch-normativen Komponenten der Zivilgesellschaft auch und vor allem mit Begriff und Problem der Zivilisation(10) sowie der praktischen Kritik am vorherrschenden 'Zivilsationsmodell' zu koppeln. Einige Bedingungen dieser Kritik sollen nun noch etwas weiter ausgeführt werden.

Zivilgesellschaftliche Vernunft

Zivilität muss in allen Formen sozialen Handelns gedeckt und praktiziert werden können, damit sich Zivilität und Zivilisationsdynamik verantwortlich verschränken. Zivilität ist gegenüber der Gesamtgesellschaft nicht *das* Andere; auch dies kommt in meinem Begriff der Zivilgesellschaft zum Ausdruck. Er ist kein Total-, sondern ein kritischer *Begriff*, der sich auf die Konfrontation der Zivilisation mit sich selber bezieht, ist unsere Zivilisation (mit all ihren Vorzügen) dazu nicht fähig, worauf vieles hindeutet, so verliert sie sich in den Projektionen einer Reichtums-/Armutsdynamik. Zivilität bedeutet das Ensemble kritischer Eingriffe in diese Grenzen – und Hemmungslosigkeiten der Zivilisation. Dieses Zivilitätstheorem ist, was die Herausforderung einer selbstkonfrontierten Gesellschaft angeht, keinesfalls mit zivilgesellschaftlicher (gesellschaftstheoretischer und politischer) Euphorie verbunden. Zivilgesellschaft nimmt in meinem Konzept lediglich eine Reservestellung ein, die sich, gegenüber den Zivilisationsdynamiken (freie Marktwirtschaft, Autonomie der Wissenschaft, Schnelligkeit technischer Innovationen, Schnelligkeit der Information usw.) und ihrer Folgen in der Defensive befindet. Allerdings können von hier aus auch vielfältige demokratische Initiativen ausgehen(11), ohne dass diese – gebündelt durch ein ganzheitliches Reformprojekt (was Parteien freilich immer wieder, zumindest als symbolische Politik, versuchen werden) – eine 'vernünftige' Gesellschaft durch planmässiges Handeln herstellen können.

Da man letztes in wohlbestimmten Hinsichten gleichwohl versuchen muss, ist es verkehrt, Zivilgesellschaft in strikter Bruchlinie zur *Wirtschafts-* und Staatsgesellschaft zu bestimmen, muss sie doch in diesen Bereichen und Organisationen wirksam werden können. Zum Beispiel braucht sie Verankerungen auch im Staat als Ordnungs/Rechts-, Leistungs- und Interventionsstaat. Eine solche mehrdimensionale *reflexive Staatsfähigkeit(12)* entspringt

ihrerseits zivilgesellschaftlicher Vernunft und bedeutet *staatstheoretisch*, dass das Augenmerk auf einer zivilstaatlichen Politik der Staatsentlastung liegt. Dies sollte man nicht mit liberalen Minimalstaatskonzepten verwechseln, die im Schwange sind und in aller Regel einen starken Privatrechtsstaat (der "freien Marktwirtschaft") meinen(13). Hier gibt es bezüglich der zivilgesellschaftlichen Euphorie eine links-republikanische Eindimensionalität, welche die System-, Planungs- und Organisations-Pragmatiken, ohne die kein einziges der grossen Probleme *gelöst* werden kann, übersieht. "Die Konjunktur des Begriffs der Zivilgesellschaft verdankt sich" eben nicht ausschliesslich der "Kritik, die vor allem Dissidenten aus staatssozialistischen Gesellschaften an der totalitären Vernichtung der politischen Öffentlichkeit geübt haben."(14). Vielmehr umfasst die zivilgesellschaftliche Kritik auch die (De-)Blockierung der politischen Ökonomie und des politischen Systems i.e.S.: Markt, Rechtsstaat und Demokratie.

Die kritische Reservestellung der Zivilgesellschaft lässt sich im Kontext des Diskurses von Zivilisation noch präziser darstellen. Es geht dabei um die Reflexion der Stellung der kritischen Vernunft *innerhalb* der Zivilisation. Zu den Voraussetzungen der Zivilgesellschaft zählt die Zivilisation selbst in ihren *tatsächlichen* und *normativen Dynamiken* der *Krise* und der *Kritik*. Die Kritik artikuliert sich dann und insofern zivilgesellschaftlich, sobald sie " anzuerkennen vermag, dass sie selbst das Erzeugnis der Zivilisation ist, gegen die sie ihre Polemik richtet, wenn sie zuzugestehen bereit ist, dass die Zivilisation *als Wert* nur in der gegenwärtigen Sprache der Zivilisation *als Tatsache* formuliert werden kann, dann sieht man sich veranlasst, ein neues begriffliches Modell zu erfinden, das der Alternative zwischen der Einstimmigkeit des Absoluten und dem kulturellen Relativismus entginge. Dieses Modell stiftete eine ergänzende Beziehung zwischen der kritischen Vernunft, der wirklichen und zugleich bedrohlichen und bedrohten Zivilisation und der als Wert stets erst zu verwirklichenden Zivilisation. Man kann sagen, dass dieses dreigliedrige Modell den schematischen Rahmen bildet, in den sich alle Debatten eintragen lassen, welche die Zivilisation seit der Epoche der Aufklärung hervorgerufen hat."(15)

Das zu erfindende neue begriffliche Modell, das Starobinski an dieser Stelle postuliert, scheint mir im Konzept der Zivilität *selbst* angelegt zu sein. Allerdings erheischt dies die reflexive Einsicht kritischer Vernünftigkeit, die Vernunft selbst in diesen Relationen der Mutualität (Wechselseitigkeit, Gegenseitigkeit) – also zivil – zu erkennen. Die kritische Vernunft der Zivilgesellschaft ist in dieser Hinsicht der Immanenz – des eingreifenden In-Begriffen-Seins – zivil. Ineins mit diesen erläuterten Begriffen des Zivilen, des zivilen Handelns und der Zivilität sammelt der Kompaktbegriff der Zivilgesellschaft die reflexiven Handlungspotentiale der Moderne, die es ermöglichen sollen, dass *die* Gesellschaft in ihrer Meinungsbildung einen normativen Begriff von sich erhält, an dem weiter gearbeitet werden kann. Dies sind keine Patente, keine Rezepte, sondern lediglich elementare Aspekte einer Modalität, welche die Zerreissproben der modernen Zivilität aushält und ihre auseinander geratenen Enden zusammenzuhalten vermag. Zivilgesellschaft

enthält deshalb auch unbestimmte, offene Aspekte, die quasi in Arbeit sind, und ist nicht einfach ein fixierter Oppositionsbegriff, der in Zukunft zu totalisieren wäre. Zivilgesellschaft ist lediglich ein nützlicher Korrektur- und Interventionsbegriff. Die 'Zivilisierung des Bürgers', die mit ihr verbunden ist, ist der Versuch eines Dialogs mit der Realität des Massenindividuums über unsere Massen*zivilisation*, an der wir alle 'konsumistisch' beteiligt sind. Die praktische Kritik muss durch diese Nadelöhre der eigenen Beteiligung hindurch, wenn sie zu einer verbesserten Massen*zivilität* gelangen will.

Wer sich heute zivilgesellschaftlich engagiert, steht historisch buchstäblich auf dem Boden der an Attraktionskraft auf die globalen Massen zunehmenden 'westlich-bürgerlichen Gesellschaft', der er nur immanente gesellschaftliche Masstäbe vor Augen halten kann. Zivilgesellschaft ist insofern die engagierte Reflexion der bürgerlichen Gesellschaft *selbst*, die vielleicht angesichts ihrer anomischen Dynamiken noch einmal in den Spiegel schaut. Zivilgesellschaft ist kein fester Utopie-Bestand, sondern vielmehr eine mehrschichtige, sich ständig erneuernde, nur im historisch-gesellschaftlichen Kontext unserer Zivilisation einzulösende Bewegung, die begrifflich im Reichtum der civiltà zwar Verschiedenes umfasst, das miteinander aufgrund der historisch-gesellschaftlichen Situation in einen klugen Zusammenhang gebracht werden muss, die sich aber dennoch vor allem in der Aktualität eines zivilen Handelns manifestiert. In diesem Handeln, das die blockierende 'Alternative' von Markt- oder Anti-Marktgesellschaft überwindet, kann das Reformpotential der Gesellschaft über Meinungsbildungsprozesse, die real aktuelle 'Überzeugungsgemeinschaften' entstehen lassen, die in ihrem Bereich einen Stich haben, aufgearbeitet werden – oder eben nicht. Zivile Gesellschaft ist insoweit und genau in diesem spezifischen Sinne die einzige Gesellschaft, die besser sein kann als sie ist.

Anmerkungen

1) Vgl. R. Kössler/H. Melber: Universelle Werte und internationale Zivilgesellschaft, in: Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Dez. 1990.
2) Ebenda, S. 88.
3) N. Chomsky: Barmherzigkeit ist nicht zu erwarten. Der Süden in der neuen Weltordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1990, S. 1319-1326, zitiert bei Kössler/Melber, a.a.O.
4) Ebenda, S. 89.
5) Ebenda, S. 90ff.
6) Ebenda, S. 97.
7) Kurzfristig gibt es zu einer liberalen zivilstaatlichen Asylpolitik, die wirtschaftliche Not, Bürgerkriege und Naturkatastrophen als Fluchtgründe akzeptiert, keine Alternative. Mittel- und langfristig hilft jedoch nur eine gerechtere Weltordnung. Dies ist leicht gesagt. Dafür müssen die gesellschaftlichen Voraussetzungen gerade in den reichsten Ländern geschaffen werden. Wer ist daran wie beteiligt? Was geschieht zum Beispiel, "wenn sich die Verteilungsproblematik nicht lösen lässt, das heisst, wenn sich der Lebensstil der ersten Welt als *nicht globalisierungsfähig* erweisen sollte". Nach Meinung von H.-J. Hoffmann-Nowotny, der hier zitiert wird, "hätten umweltorientierte Konzessionen der Drittweltländer zur Voraussetzung, dass die Industrienationen ihrerseits einen Beitrag zur Nivellierung des Wohlstandsgefälles leisten würden". (In: Entwicklungspolitische Anleihen auf die Zu-

kunft, NZZ, 13./14.4. 1991, S. 33. Im selben luziden Artikel steht zudem, "wenn man den demographischen Horizont mit einbezieht...", so setzt eine globale *nachhaltige* Entwicklung – das ist: "eine wirtschaftliche Entwicklung, welche die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation deckt, ohne auf Kosten zukünftiger Generationen zu gehen" – im Blick auf das Umweltbewusstsein "eine *radikal veränderte Welt*" voraus).

8) A. Ferguson: Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a./M. 1986 (1767). Was Analyse und Kritik der Wirkungen der Arbeitsteilung angeht, greift Marx auf Ferguson zurück. Smith blieb in dieser Hinsicht zweideutig. In bezug auf die 'bürgerliche Gesellschaft' übernimmt Marx jedoch die hegelsche Tradition, welche sie vor allem als Marktgesellschaft bestimmt, genauer: als System der Bedürfnisse 'Rechtspflege und Polizei (G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, §209 Zusatz). Bürgerliche Gesellschaft ist bei Hegel bürgerliche Gesellschaft in Differenz zur Sittlichkeit, auf der anderen Seite kommt es bei ihm zu einer staatsethischen Apologie des Staates als Inbegriff der wirklich gewordenen Vernunft, was in der von Lassalle geprägten Sozialdemokratie in gewisser Weise progressiv fortlebt.

9) J. Steuart; Inquiry into Principles of Political Economy (1767); A. Smith; Inquiry into Nature and Causes of the Wealth of Nations (1776). Um 1800 verengt sich das Gesichtsfeld der Ökonomen: Ricardo, an den Marx anschliesst, denkt Produktion enger – was die unhinterfragten Ausgangspunkte angeht – um der Produktion willen als beispielsweise Smith und Say.

10) Siehe dazu die Ausführungen von N. Elias in: Studien über die Deutschen, Frankfurt 1989.

11) H. Kleger/S. Hefti: Neuer ziviler Ungehorsam. Sommeruni Neuchlen-Anschwilen, St. Gallen 1990. So hat der zivile Ungehorsam der GONA die Volksinitiative '40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär'mit angestossen. Die Bewegung benötigte für ihre über 120'000 Unterschriften 6 Monate. Dies ist eine Rekordzeit, die ähnlich auch bei der 1987 erfolgreichen Volksinitiative gegen den Bau des Waffenplatzes in Rothenturm erreicht worden ist.

12) Dazu ausführlich: H. Kleger: Lernfähige Demokratie und reflexiver Staat, in: R. Voigt (Hg.): Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat? Frankfurt a./M. 1991.

13) Siehe z.B. A. Seldon: Capitalism, Oxford 1990, wo demokratische Bürgerpartizipation ("active citizenship") als Mythos und Täuschung gilt – "der Durchschnittsbürger hat andere Sorgen", wie in der FAZ-Rezension v. 29.4.91 kommentiert wird.

14) J. Habermas; Vorwort zur Neuauflage von 'Strukturwandel der Öffentlichkeit' (1962), Frankfurt a./M. 1990, S. 47.

15) J. Starobinsky; Das Rettende in der Gefahr. Kunstgriffe der Aufklärung, Frankfurt a./M. 1990, S. 60, Hervorhebungen H.K.

negoziazioa *

***baskisch; Verhandlungen.**

Zwischen der spanischen Regierung und der bewaffneten baskischen Befreiungsorganisation ETA existieren neue Kontakte. Diese Bestätigung machte ETA in einem Interview mit der baskischen tageszeitung 'egin', welches in der Februar/März-Ausgabe der EUSKADI INFORMATION ungekürzt auf deutsch erscheint. Ferner in der Nummer: Warum politische Verhandlungen die einzige mögliche Lösung des sogenannten baskischen 'Problems' sind, wie das baskische Gefangenenkollektiv die gegenwärtige politische Situation analysiert und vieles mehr...

Ausserdem im Handel seit 1. Januar 1991: EUSKADI INFORMATION SONDERHEFT über die baskische nationale Frage. Mit Beiträgen von Josef Lang, Justo de la Cueva und Iñaki Gil de San Vincente. 40 Seiten, 5 DM/SFr.

EUSKADI INFORMATION erscheint seit April 1989 als Zeitung der EUSKADI KOORDINATION., Postfach 7323, CH8023 Zürich
Erhältlich im Abo 6 x jährlich für 30 DM/SFr/ Unterstützungsabo für 50 DM/SFr. Jetzt einzahlen auf Konto 10577705, P.Surber, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000. Gratis Probenummer bestellen!